

Herrn Bürgermeister
Franz Dobusch
Altes Rathaus, Linz

Antrag gem § 12 StL 1992 betreffend:

Verzicht auf das „Binnen-I“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das grammatikalische Geschlecht der deutschen Sprache trifft keine Aussage über das natürliche Geschlecht einer Person bzw. Personengruppe. Durch das „Binnen-I“ geht diese Neutralität verloren, da hier akustisch immer und beim Lesen oft lediglich die weibliche Form wahrgenommen wird.

In der deutschen Sprache existiert neben dem Genus Maskulinum und dem Genus Femininum auch noch ein drittes Genus, das Neutrum. Somit ist es in der deutschen Sprache sehr schwierig – und auch fehleranfällig – verschiedenste Begriffe geschlechtsneutral mit dem „Binnen-I“ darzustellen.

Als Beispiel für eine fehlerhafte Anwendung – und vielleicht auch das Unverständnis mancher – ist neben manchen Presseaussendungen auch ein Schreiben der Stadt Linz zu erwähnen, welches bei der konstituierenden Gemeinderatssitzung an alle Mitglieder des Gemeinderates verteilt wurde. Hier wurde aus dem (ohnehin schon „geschlechtsneutralen“) Wort „Mitglieder“ mittels „Binnen-I“ das Wort „MitgliederInnen“. Gibt es demnach im Linzer Gemeinderat „eine Mitgliederin“? Würde es ähnlich dazu beim Begriff „Person“ in der Mehrzahl auch „die PersonInnen“ geben?

Es sollte allgemein bekannt sein, dass „das Mitglied“ grundsätzlich weder männlich noch weiblich ist, weshalb es schon dem Grunde nach keiner Anpassung bedarf und die Darstellung durch das „Binnen-I“ in diesem Fall schlichtweg falsch ist und das Lesen erschwert.

In der deutschen Sprache sind Großbuchstaben aus gutem Grund nur am Wortanfang vorgesehen. Die „Duden“-Redaktion und auch die Gesellschaft für deutsche Sprache empfehlen daher die Verwendung eines „Binnen-I“ ausdrücklich nicht.

Auch die Lesbarkeit zusammengesetzter Hauptwörter leidet bei konsequenter „Binnen-I“-Umsetzung stark (z. B. BürgerInnenmeisterInnenkandidatIn) und entspricht keiner Regel der deutschen Rechtschreibung. Interessant ist auch, dass das „Binnen-I“ nur bei positiven Personenbezeichnungen Einzug gefunden hat. Negative Personenbezeichnungen wie Mörder oder Verbrecher scheinen für die „Binnen-I-Anhänger“ eine rein männliche Angelegenheit zu sein. Konsequenterweise müsste auch hier von „VerbrecherInnen“ die Rede sein. Inkonsequente Handhabung bestätigt hingegen die völlige Überflüssigkeit des „Binnen-I“.

Forschende in der Schweiz und in Deutschland raten ebenfalls von der Verwendung aus den oben genannten Gründen ab und empfehlen statt dessen echte geschlechtsneutrale Formulierungen wie z. B. Teilnehmende statt Teilnehmer/Teilnehmerin, Forschende statt Forscher/Forscherin zu verwenden.

Studien zeigen auch, dass Bezeichnungen mit „Binnen-I“ gedanklich eher einen Bezug zur Frau als zum Mann herstellen. Der geistige Einbezug von Frauen im Gegensatz zu Männern hat eine umgekehrte Wirkung gegenüber dem Geschlecht. Durch die gedankliche und akustische Bevorzugung des weiblichen Geschlechts, kann auch das „Binnen-I“ als nicht „geschlechtergerecht“ bzw. „geschlechtsneutral“ eingestuft werden.

Das „Binnen-I“ ist also weder grammatikalisch noch in Hinblick auf die Gleichbehandlung der Geschlechter richtig und zielführend. Als typische Modeerscheinung wird es von vielen nur „pro forma“ verwendet, um eine besonders „frauenfreundliche“ Haltung vorzutäuschen oder politisches Kleingeld daraus zu machen.

Wenn man die Geschlechter tatsächlich gleich behandeln und keinen künstlich-theoretischen Geschlechterkampf heraufbeschwören will, kann man sich nur den Empfehlungen der Forschenden in der Schweiz und in Deutschland anschließen und auf das „Binnen-I“ verzichten. Gerade die öffentliche Verwaltung, die so einfach wie möglich ablaufen sollte, wird durch derartige Floskeln sowohl nach innen als auch nach außen hin unnötig kompliziert gemacht.

In diesem Zusammenhang stellen wir den Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Linz möge beschließen:

Im Sinne echter Gleichbehandlung sowie zur Einhaltung der deutschen Orthographie und zur Verbesserung von Lesbarkeit, Übersichtlichkeit und Verständlichkeit sollen die Stadt Linz und deren Unternehmen (soweit zutreffend)

- 1. künftig auf das „Binnen-I“ im gesamten Schriftverkehr sowie auf allen Internetportalen verzichten und dieses ggf. entfernen,**
- 2. folglich keine neuen Verkehrs-, Zusatz- oder Hinweistafeln (z. B. mit Wortlauten wie „RadfahrerInnen“) mehr anbringen und diese im Zuge von planmäßigen Erneuerungen möglichst kostenneutral durch solche ohne „Binnen-I“ ersetzen.**

Wir ersuchen Sie, diesen Antrag in die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung aufzunehmen.

Berichterstatter: GR Markus Noveska
Linz, am 04.01.2010